

Informeller Europäischer Rat - 30. Januar 2012

Diskussion um neu zu programmierende Strukturfondsgelder

Während des Informellen Europäischen Rats am 30. Januar 2012 verständigten sich die Mitgliedstaaten zu den Voraussetzungen für mehr strukturelles Wachstum und mehr Beschäftigung. Dabei möchten sich die Mitgliedstaaten auf drei Prioritäten konzentrieren: die Förderung von Beschäftigung und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Vertiefung des Binnenmarktes, und die Förderung von Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen. Die Maßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene sollen, wann immer möglich, durch Maßnahmen der EU ergänzt werden. Dazu gehöre auch, dass verfügbare Finanzmittel der EU besser auf die Bereiche Beschäftigung und Wachstum ausgerichtet werden.¹

In diesem Zusammenhang erläuterte Kommissionspräsident Barroso bei der nachfolgenden Pressekonferenz die Möglichkeit, die Gelder der europäischen Strukturfonds für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen einzusetzen. Er sprach von 82 Mrd. Euro, die für die aktuelle Förderperiode 2007-2013 "noch nicht zugeteilt" wären und schlug den Mitgliedstaaten vor, gemeinsam mit der Kommission zu beraten, wie diese Gelder für "wachstumsrelevante" Projekte verwendet werden könnten. Dazu müssten die Gelder von den bestehenden Operationellen Programmen abgezogen und neuen Programmen zugeordnet, also "neu programmiert" werden.² Der Vorgang der Neu-Zuordnung der Gelder zu neuen Programmen ist prinzipiell möglich und durch die bestehenden Strukturfondsverordnungen erlaubt.

Jedoch liegt die Absorptionsrate der Strukturfondsgelder nur für ein Viertel der Mitgliedstaaten momentan unter EU-Durchschnitt. In allen anderen Mitgliedstaaten erfolgt der Abruf der Strukturfondsgelder planmäßig. Für gewöhnlich steigt die Absorptionsrate gegen Ende einer Förderperiode, da sich die Antragsteller mit den bürokratischen Erfordernissen vertraut machen konnten und auch in den Verwaltungsabläufen eine gewisse Routine einzieht.

Bei der Diskussion um die "Verwendung der 82 Mrd. Euro" muss beachtet werden, dass diese Gelder keinesfalls ungenutzt oder übrig sind. Die Gelder sind gebunden und den jeweiligen Operationellen Programmen in den Mitgliedstaaten zugeordnet. Die Tatsache, dass die Gelder noch keinen konkreten Projekten zugeordnet sind, ist nicht erstaunlich. Denn die Förderperiode läuft noch bis Ende 2013 und selbstverständlich sind noch Gelder zur Beantragung durch Projektträger frei.

Das paradoxe an dieser Diskussion ist, dass die Mitgliedstaaten hier versuchen, schnell Strukturfondsgelder einzusetzen, um Beschäftigung zu fördern und KMUs zu unterstützen. Andererseits fordern die Kommission und viele Mitgliedstaaten (darunter Deutschland), ab 2014 die makroökonomische Konditionalität einzuführen, die dann den Zugang zu Strukturfondsgeldern für Griechenland, Spanien, Portugal und Italien erheblich erschweren würde.

¹ Statement of the Members of the European Council, Towards Growth-Friendly Consolidation and Job-Friendly Growth, 30 January 2012,

² Barroso, Statement of President Barroso following the Informal meeting of the European Council, Joint Press Conference, Brussels, 30 January 2012